

WALTER KRÄMER
KALTE
ENTEIGNUNG
WIE DIE EURO-RETTUNG
UNS UM WOHLSTAND
UND RENTEN
BRINGT



campus



**KALTE
ENTEIGNUNG**

WALTER KRÄMER
KALTE
ENTEIGNUNG
WIE DIE EURO-RETTUNG
UNS UM WOHLSTAND
UND RENTEN
BRINGT

CAMPUS VERLAG
FRANKFURT/NEW YORK

ISBN 978-3-593-39924-9

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2013 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2013.

Alle deutschsprachigen Rechte bei Campus Verlag GmbH,
Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Anne Strasser, Hamburg

Umschlagmotiv: © picture alliance

Satz: Fotosatz L. Huhn, Linsengericht

Gesetzt aus: Scala und Scala Sans

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

**Es ist gut, dass die Menschen unser Banken-
und Geldsystem nicht verstehen.
Sonst hätten wir noch vor morgen früh
eine Revolution.**

Henry Ford

INHALT

Vorwort	9
1 Eine folgenschwere Entscheidung in Berlin	13
ESM – das Tor zum Geld der Sparer ist offen	
2 Geld, was ist das überhaupt?	33
Vertrauen und Stabilität – von Geldmengen und ihrer Vermehrung	
3 Die kurze Geschichte der D-Mark	53
4 Geburt per Kaiserschnitt: So kam der Euro auf die Welt	63
Streng geplant und lax gehandhabt – Wackelkandidaten willkommen	
5 Glückliche Kindheit	77
Wie die Chancen einer starken Währung vertan wurden	
6 Euro-Gewinner Deutschland?	93
Reich wird man eher anderswo – das deutsche Investitionsdesaster	
7 Exporte sind kein Selbstzweck	115
Bedenkliche Defizite – wem nützt der Zaubertaler Euro?	
8 Das verflixte siebte Jahr	129
Immobilienkrise, Lehman und die Folgen	

9	Jetzt reicht's: Der große Ökonomenprotest vom Juli 2012	147
	Staatenrettung, Bankenrettung – und russische Profiteure	
10	Augen zu und durch	171
	Wie die Europäische Zentralbank Deutschlands Zukunft ruiniert	
11	Das große Missverständnis	193
	Die wahren Motive der deutschen Europhorie	
12	Wie es weitergeht	209
	Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende? – Auf der Suche nach einer neuen Stabilität	
	Danksagung	226
	Register	227

VORWORT

Die Idee zu diesem Buch entstand auf einer öffentlichen Vortragsveranstaltung der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste in Düsseldorf. Es sprach Jens Weidmann, der Präsident der Deutschen Bundesbank. Sein Thema war die Eurokrise und was daraus für deutsche Sparer, Rentner und Investoren folgt. Das trug er sehr kompetent und überzeugend vor, wenn auch leicht verklausuliert und weit weniger drastisch, als auf den folgenden Seiten nachzulesen ist. In der nachfolgenden Diskussion erlaubte ich mir die Frage, wie er denn die Konsequenzen der sogenannten Target-Salden sehe und ob das nicht vielleicht nur verkappte Kredite in einem atemberaubenden Umfang zu geradezu irrwitzigen Konditionen seien. »Na ja«, sagte er sinngemäß, »das kommt drauf an, wie man die Dinge sieht.« Und dann erklärte er mir, wie er die Dinge sieht (weit weniger dramatisch als ich selbst), auf eine recht gut nachvollziehbare Weise.

Aber das ist nicht der Punkt. Das eigentliche Aha-Erlebnis folgte einige Tage später, als ich mit Akademiekollegen über diesen Vortrag sprach. »Was soll denn dieses technische Gerede über Target-Salden? Das versteht ja doch kein Mensch«, war einer der Kommentare. Und wie ich dann auch von anderen hochdekorierten Chemikern, Physikern und Ingenieuren hören musste, war kaum einem dieser Experten die potenzielle Dramatik dieser Sachlage bewusst: Da lösen sich vor unseren Augen unsere Sparkonten und Renten in niemals eintreibbare Forderungen gegen bankrotte Krisenstaaten auf, und neun Zehntel der führenden Wissenschaftler des Landes stehen davor und sehen diese Krise nicht.

Wenn selbst die den Zusammenhang nicht durchschauen, wie soll das dann dem Rest des Wählervolkes gelingen? Ganz offensichtlich ist die Materie trotz der verdienstvollen Aufklärungsarbeit meines Münchner Kollegen Hans-Werner Sinn immer noch zu undurchsichtig und zu kompliziert.

Mit diesem Buch trage ich also eine Bringschuld der Wirtschaftswissenschaften ab. Zumindest ist es ein Versuch. Es ist mein Ehrgeiz, auch Lesern ohne Diplom in Volkswirtschaftslehre zu erklären, wo wir mit unserer gemeinsamen Euro-Währung heute stehen, wie wir dahin gekommen sind, vor allem aber: Wo wir in wenigen Jahren stehen könnten.

Ich sage *könnten*, denn als bekennender Anti-Marxist glaube ich nicht an die Vorherbestimmtheit des Wirtschaftsgeschehens wie auch irgendeines anderen Geschehens auf dieser schönen Erde. Aber die Optionen werden immer enger, und viele davon sind nicht erfreulich. Ein großer Teil des deutschen Auslandsvermögens ist bereits verloren, aber noch immer unterstützt die deutsche Politik Kredite, mit denen etwa der spanische Fußballklub Real Madrid den 94-Millionen-Einkauf seiner Superstars Cristiano Ronaldo (und dessen Jahresgage von weiteren 6 Millionen Euro) finanziert. Derzeit diskutiert man in Spanien über einen Schuldenschnitt für die hoch verschuldeten Fußballklubs – diese Forderungsausfälle würden das Europäische Zentralbanksystem eines Teils seiner Sicherheiten berauben (denn als solche wurde eine Kreditforderung gegen den Fußballklub Real Madrid bei der Europäischen Zentralbank eingereicht). Und ginge daraufhin dann auch noch die eine oder andere, ohnehin mit faulen Immobilienkrediten überladene spanische Bank in Konkurs, so finanzierten deutsche Steuerzahler Ronaldos Transferkosten und Gehalt zumindest mit.

Ich finde das schon etwas seltsam. Und dies ist nur ein Beispiel von vielen, solche Auswüchse produziert das Eurosystem in seiner aktuellen Ausgestaltung am laufenden Band. Viele Rettungsaktionen dienen u. a. leider auch dazu, dass superreiche Bankpräsidenten sich weiterhin jährliche Millionenboni überweisen oder russische Wirtschaftskriminelle ihre nach Zypern geschmuggel-

ten Milliarden auch in Zukunft ungestört genießen dürfen (die in Deutschland so gefeierte Zwangsabgabe als Preis für die Bankenrettung ist für diese Leute nur ein Taschengeld). Dringend für Infrastrukturen und andere Realinvestitionen benötigtes Kapital wird weiter in ineffiziente Verwendungen gedrängt, griechische Millionäre und Milliardäre, die problemlos mit ihrem Vermögen einen großen Teil der griechischen Auslandsschulden decken könnten, kaufen sich stattdessen auf den Immobilienmärkten von Berlin, Paris und London ein, und der Deutsche Bundestag nickt eine Hilfsmaßnahme nach der anderen ab.

Sollte er eines Tages anders handeln, hätte dieses Buch sein Ziel erreicht. Und die Chancen dafür stehen gar nicht mal so schlecht. Denn die Mitglieder des Bundestags werden immer noch gewählt. Und wir, die Wähler, sind es, die für diese fehlgeleiteten Geldströme auf die eine oder andere Weise zahlen müssen, aus deren Taschen diese Milliarden letztendlich herausgezogen werden. Man muss ja gar nicht so weit gehen wie Henry Ford, der eine wahrhaftige Revolution voraussah, sollten die Wähler eines Tages verstehen, wie sie von einer unheiligen Allianz von Politik und Hochfinanz fast nach Belieben ausgenommen werden: Aber mit etwas Druck vom Souverän, dem Wahlvolk also, wären verschiedene schon jetzt programmierte Zwangsabgaben vielleicht noch abzuwenden.

Das klingt jetzt so, als würde hier zur Attacke auf den Euro geblasen. Das kann man so sehen, muss es aber nicht. Natürlich hätte niemand in Deutschland, im Jahr 1992 mit den Informationen von heute ausgestattet, den Euro damals eingeführt. Und so, wie bisher konstruiert, in dem politischen und sozialen Umfeld, in dem Europa sich gerade befindet, ist der Euro tatsächlich klinisch tot. Die aktuelle Eurozone, mit 17 ökonomisch derart disparaten Mitgliedsstaaten und einer Zentralbank, die sich als Vollstrecker von Umverteilungswünschen sieht, wird diese Dekade in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung nicht überleben.

Auf der anderen Seite kann man aber auch aus Fehlern lernen. Einige Lektionen sind in den folgenden Kapiteln nachzulesen.

Insbesondere sollten wir aufhören, den Euro mit Europa zu verketteten. Die europäische Idee ist eine zu wertvolle Vision, als dass sie mit einem solch schwierigen Kind belastet werden sollte. Oder aber es gelingt tatsächlich, das für den Euro so ungünstige politische und soziale Umfeld besser an eine gemeinsame Währung anzupassen. Dann überlebt sogar dieses Sorgenkind und wird aus einem hässlichen Entlein doch noch mal ein weißer Schwan. Viele würden es ihm wünschen.

Eins ist sicher, die nächsten Jahre werden spannend. Wie aber auch immer die Sache ausgeht: Die deutschen Rentner und Sparer sind auf jeden Fall dabei.

Dortmund, im Mai 2013

Walter Krämer

EINS

**EINE
FOLGENSCHWERE
ENTSCHEIDUNG
IN BERLIN**

ESM – das Tor zum Geld
der Sparer ist offen

**Die Europäische Union ist kompliziert,
weil sie auch Kompliziertes leisten soll.
Sie hat es verdient, dass ihre Bürgerinnen und
Bürger Interesse zeigen und sich informieren.**

Joachim Gauck, Bellevue-Forum Berlin,
22. Februar 2013

Am 29. Juni 2012, einem Freitag, schien in Berlin 13 Stunden lang die Sonne. Das ist auch für Juni ungewöhnlich viel. Aber in der Nacht zum Samstag wurde die Stadt von einem schweren Unwetter heimgesucht. Auf YouTube ist diese »irre Blitzshow« anzusehen. »In Tegel bietet sich ein Bild der Verwüstung«, schrieb der *Tagesspiegel*, »mehr als hundert Autos sind zerstört, Häuser beschädigt, Balkone abgerissen.« Ein derartiges Sommergewitter hatten die Berliner lange nicht erlebt.

Aber kurz vorher, um 9 Uhr abends, lag die Kuppel des Reichstags noch im abendlichen Sonnenlicht. Da hatten die Abgeordneten des Deutschen Bundestags gerade den sogenannten »Euro-Rettungsschirm«, das Gesetz zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen. Es war die letzte Sitzung vor der Sommerpause. 604 Abgeordnete hatten abgestimmt, davon 493 mit Ja, 106 mit Nein, 5 hatten sich enthalten.

An diesem Abend hatten 493 gewählte Volksvertreter eine gefährliche Wette abgeschlossen. Ihr Wetteinsatz: die Ersparnisse und Renten ihrer Wähler. Sie setzten ihre Ja-Stimme auf die Hoffnung, dass die zuvor schon Dutzende Male gebrochenen EU-Verbindungen zu gemeinsamen Finanzen endlich eingehalten und die bis dato schon aufgelaufenen Risiken – mit gigantischen möglichen Verlusten für die deutsche Volkswirtschaft – zumindest nicht noch größer werden würden. Und dies verbunden mit dem frommen Wunsch, dass auch die Menschen und deren gewählte Vertreter in den anderen Ländern der Eurozone bitte erkennen möchten, dass eine gemeinsame Währung nur in einem besser als bisher vereinten Europa zu unser aller Nutzen ist.

Um diese gefährliche Wette dreht sich dieses Buch. Es gibt wohl kaum jemanden in Deutschland, der sich nicht wünscht, dass die 493 Ja-Sager diese Wette gewinnen. Aber was ist, wenn die 106 Nein-Sager recht behalten? Wenn die großen Hoffnungen, die vor allem in Deutschland mit dem Projekt Euro verbunden worden sind, nicht in Erfüllung gehen? Wenn diese in Berlin von den deutschen Volksvertretern abgesegnete weitere Rettungsaktion nur einen letztendlich dennoch unvermeidlichen Konkurs verschleppt?

Wenn der Euro-Zug also tatsächlich einmal eines Tages entgleisen sollte, wem werden dann die Aufräumkosten aufgebürdet?

Wenn man schon wettet, dann sollte man zumindest Bescheid darüber wissen, was alles zu verlieren ist. Das ist weit mehr, als viele Bundesbürger ahnen, ihre Volksvertreter eingeschlossen. Denn die deutsche Wirtschaft, die deutschen Rentenkassen, das deutsche Sozialsystem als Ganzes sind durch die Eurokrise großen künftigen Belastungen ausgesetzt, sie steuern wie die Titanic auf einen Eisberg zu, der, wenn man ihm nicht rechtzeitig ausweicht, ebendieses Sozialsystem an kritischen Stellen gefährlich aufschlitzen und danach untergehen lassen könnte. Und dessen böartigste Stellen, wie bei Eisbergen üblich, unter Wasser liegen und nur schwer zu sehen sind. Beziehungsweise nur dann zu sehen sind, wenn man sich die Mühe macht, einmal verschiedene Positionen der Außenhandelsstatistik und der Bilanzen der Europäischen Zentralbank in greifbare Fakten zu übersetzen und auch dem Mysterium des Geldes etwas auf den Grund zu gehen. Denn dieser Eisberg ist zum großen Teil, so wie modernes Geld, rein virtuell, er existiert allein auf dem Papier, er besteht aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Zusagen und Versprechen, die eingehalten werden können oder auch nicht, aus Wechseln auf die Zukunft, aus Vertrauensvorschüssen und Enttäuschungspotenzialen. In dem Umfang, wie diese Vertrauensvorschüsse sich auflösen und die Enttäuschungspotenziale sich verfestigen, wird aus der virtuellen eine tatsächliche und greifbare Gefahr.



Das amtliche Protokoll der 188. Sitzung des Deutschen Bundestags, die an diesem Freitag im Juni stattgefunden hatte, verzeichnete als weitere Tagesordnungspunkte die Pflegeversicherung (»Pflege neu ausrichten – ein Leben in Würde ermöglichen«, so ein Antrag der Linken), die erste Beratung eines Gesetzes zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen, die erste Bera-

tung eines von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzes zur Stärkung der deutschen Finanzaufsicht, die Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn AG, die erste Beratung eines von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Entwurfs zur Neuregelung des Tierschutzgesetzes und, sozusagen außer der Reihe, als Zusatzpunkt 10 die »Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zur Schaffung einer Stabilitätsunion«.

Diese Regierungserklärung hatte zwei Themen. Das erste war der sogenannte Fiskalpakt (offiziell »Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion – VSKS«). Der Fiskalpakt ist eine Verschärfung der Mastrichter Verträge, auf die sich die Regierungschefs der Euroländer auf dem Brüsseler Gipfel vom 9. Dezember 2011 mehr oder weniger einvernehmlich verständigt hatten. »Mit dem Fiskalvertrag binden sich nationale Regierungen und nationale Parlamente in bislang noch nicht dagewesener Weise, die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion zu formen«, so Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung.

Nach diesem Vertrag muss der allgemeine Staatshaushalt der Unterzeichnerstaaten immer ausgeglichen sein oder einen Überschuss aufweisen (es sei denn, dass »außergewöhnliche Umstände« vorliegen (Artikel 3, Absatz 1, Buchstabe c)). Zu diesen »außergewöhnlichen Umständen« in diesem Buch später noch mehr. Denn im Erfinden und Konstruieren »außergewöhnlicher Umstände« sind gewisse Politiker gewisser Staaten von keinem Sterblichen zu übertreffen. Der Fiskalpakt besagt, dass die Mitgliedsstaaten bis zum Erreichen eines ausgeglichenen Staatshaushalts ihre Schulden von Jahr zu Jahr verringern und diese Regeln in der nationalen Verfassung verankern werden. Abweichungen lösen automatische Korrekturen aus; Mitgliedsstaaten, die diese Regeln verletzen, haben der EU-Kommission und dem Europäischen Rat zu erklären, wie sie ihre Defizite dauerhaft zu senken gedenken, die jährlichen Haushaltspläne werden von der EU-Kommission und dem Europäischen Rat überwacht.

Das liest sich wie so vieles, das man zu Europa und zum Euro

hört, auf dem Papier sehr gut. Am 2. März 2012 war dieser Vertrag von 25 EU-Regierungen unterzeichnet worden: Jetzt war das deutsche Parlament gefragt. Zwei der 27 EU-Staaten, Großbritannien und Tschechien, hatten wegen grundsätzlicher Bedenken abgewinkt.

Die Dringlichkeit eines solchen Fiskalpakts war zum Zeitpunkt der Merkel'schen Regierungserklärung nur zu klar (dass er vermutlich wie fast alle EU-Sparbeschlüsse nicht eingehalten werden wird, steht auf einem anderen Blatt): Bis Juni 2012 waren aus Schutzschirmmitteln bereits mehr als 150 Milliarden Euro an durch eigenes Fehlverhalten in Not geratene Krisenstaaten überwiesen worden, weitere Staatsbankrotte drohten, ein Fass ohne Boden schien sich aufzutun: 110 Milliarden Euro gingen an Griechenland, 12 Milliarden Euro an Irland, 18 Milliarden Euro an Portugal. Und weitere Länder standen bereits vor der Tür. Zusätzlich waren private Gläubiger weltweit durch den Schuldenschnitt für Griechenland vom März 2012 um über 100 Milliarden Euro erleichtert worden. »Wenn die europäische Staatsschuldenkrise eines gezeigt hat, dann, dass die unverantwortliche Haushaltspolitik eines Euro-Staats die Finanzstabilität der gesamten Euro-Zone als Ganzes gefährden kann«, begründete Angela Merkel diesen Pakt in ihrer Regierungserklärung. Und so hatte sie auch kaum Probleme, 491 Abgeordnete für den Vertrag zu gewinnen. 111 Abgeordnete stimmten dagegen und 6 enthielten sich.

Am 1. Januar 2013 ist der Fiskalpakt dann in Kraft getreten, die Euroländer Österreich, Zypern, Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Portugal, Slowenien und Slowakei haben ihn bereits ratifiziert.



Der Fiskalpakt war aber nur eines der beiden großen Gesetze, die an diesem Abend zur Abstimmung anstanden. Das zweite hatte den unromantischen Titel »Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen

Stabilitätsmechanismus« und nahm in der Merkel'schen Regierungserklärung weit weniger Raum ein. Wie so oft, wenn wirklich wichtige Dinge verhandelt werden, geschah dies auch in diesem Fall quasi nebenbei. »Zusammen mit dem Fiskalvertrag liegt heute dem Bundestag und dem Bundesrat auch der Vertrag zur Einrichtung des dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus ESM zur Abstimmung vor,« sagte Angela Merkel und präsentierte dem Deutschen Bundestag ein weiteres Gesetz. Die Besonderheit, die man anscheinend nur zu gerne ins Kleingedruckte packt: Es stößt die europäische Tür zu den Rentenkassen und Sparkonten ihrer Wähler weit auf – und auch zu denen aller anderen Bürger, deren Vermögen und Ersparnisse sie als Bundeskanzlerin bei ihrer Vereidigung zu schützen geschworen hatte.

Der Text klingt auf den ersten Blick harmlos:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 2. Februar 2012 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, dem Großherzogtum Luxemburg, Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik und der Republik Finnland wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Erhöhungen des genehmigten Stammkapitals nach Artikel 10 Absatz 1 des Vertrags bedürfen zum Inkrafttreten einer bundesgesetzlichen Ermächtigung zur Bereitstellung weiteren Kapitals.
- (2) Der deutsche Gouverneur im Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus und im Falle einer Delegation der

Entscheidung nach Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe m des Vertrags der deutsche Direktor im Direktorium des Europäischen Stabilitätsmechanismus dürfen einem Beschlussvorschlag zur Änderung der Finanzhilfeeinstrumente nach Artikel 19 des Vertrags nur zustimmen oder sich bei der Abstimmung über einen solchen Beschlussvorschlag der Stimme enthalten, wenn hierzu zuvor durch Bundesgesetz ermächtigt wurde.

(3) Änderungen des Stammkapitals nach Artikel 10 Absatz 3 des Vertrags und Änderungen des Beitragsschlüssels nach Artikel 11 Absatz 3 und 4 in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 6 und Anhang I des Vertrags sind im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt mit Inkrafttreten des Gesetzes zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus, frühestens jedoch am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 48 Absatz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 20. März 2012

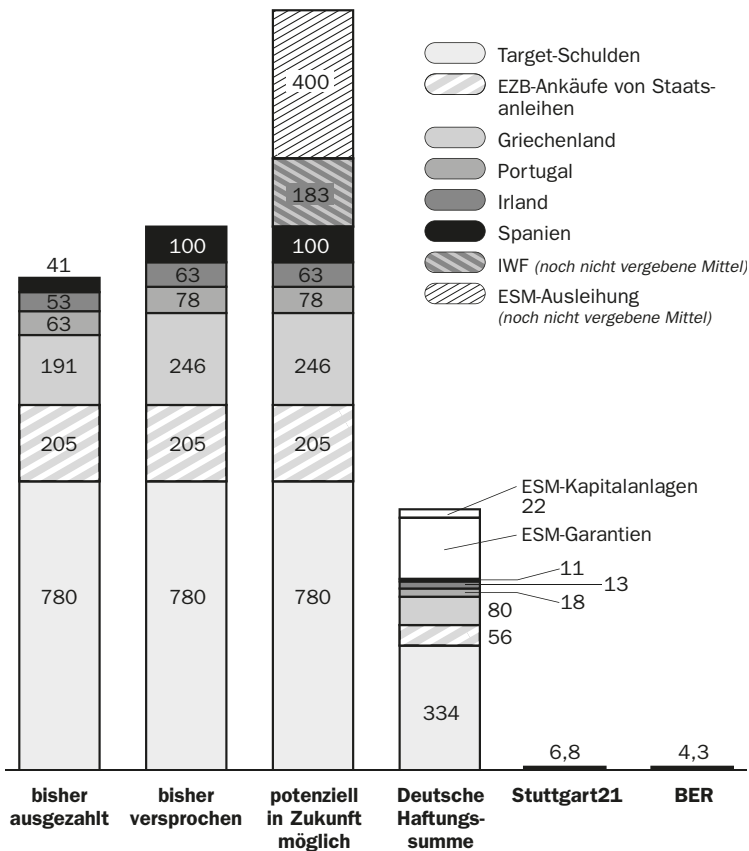
Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion

Rainer Brüderle und Fraktion

Der eigentliche Sprengsatz ist nicht in diesem Gesetz, sondern in dem dort erwähnten »Vertrag zur Einrichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus« versteckt; der ESM-Vertrag war von den Regierungschefs der Euro-Gruppe auf dem Gipfel des Europäischen Rates am 16./17. Dezember 2010 in Brüssel als Erweiterung von Artikel 136 des Vertrags zur Arbeitsweise der EU beschlossen und am 2. Februar 2012 von den Botschaftern der Euro-Staaten unterzeichnet worden. Er begründet eine mit 700 Milliarden Euro Anfangskapital ausgestattete (das entspricht rund einem Viertel des bundesdeutschen Bruttonutzenprodukts) und in ihrer Lebens-

dauer unbegrenzte neue Behörde in Luxemburg, an die sich bedrängte Staaten demnächst um Notkredite und Bürgschaften wenden dürfen; vor allem komatöse Geldinstitute sollen so am Leben erhalten werden. Dieses Gesetz verschleppt, verlängert und verteuert damit eine Krankheit, die schon jetzt einen guten Teil derjenigen Mittel aufgefressen hat, von denen viele in Deutschland tätige Wirtschaftsteilnehmer heute immer noch irrtümlich glauben, dass sie davon im Alter einmal leben werden.

Abbildung 1 Bisher (Stand Frühjahr 2013) aufgelaufene gesamteuropäische Haftungssummen (Mrd. Euro)



Quelle: ifo Institut

Die Grafik fasst die bisher (Stand April 2013) aufgrund des genannten Gesetzes und verwandter Zusagen aufgelaufenen, zu einem guten Teil aus deutschen Spar- und Steuermitteln aufgebrauchten Nothilfen zusammen. Details dazu in den weiteren Kapiteln dieses Buches. Insbesondere werden die sogenannten »Target-Schulden« in Kapitel 10 ausführlich erklärt. Pikanterweise haben Politik und Banken bis vor Kurzem abgestritten, dass ein derartiger Schuldenposten überhaupt existiert.

Wegen absehbarer Verfassungsklagen hatte Bundespräsident Gauck dieses Gesetz erst am 13. September 2012 unterzeichnet, seit dem 27. September 2012 ist der ESM mit der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde beim Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union in Kraft.



Vorausgegangen war dieser Sitzung des Deutschen Bundestags ein dramatischer Verhandlungsmarathon in Brüssel in der Nacht zuvor, »die Nacht, in der Merkel verlor« (*Spiegel Online*). Denn diese Nacht hatte nicht nur der deutschen Fußball-Nationalmannschaft eine schmerzliche EM-Halbfinalniederlage gegen Italien, sie hatte auch der deutschen Stabilitätspolitik eine ebenso schmerzliche und weitaus teurere Niederlage gegen die mit Italien verbündeten Mittelmeerländer eingebracht. So sah sich die Bundeskanzlerin zu zahlreichen nicht geplanten, mit großen Gefahren für deutsche Privat- und Staatsfinanzen verbundenen Zugeständnissen gezwungen, die in dem ursprünglichen Vertragstext nicht vorgesehen waren: Denn im ESM-Vertrag wird vereinbart, dass alle Euro-Staaten, sofern sie nur die jährlichen Zielvorgaben der EU-Kommission erfüllen, künftig ohne zusätzliche Konditionen Geld erhalten können. Zudem wurden damit auch viele andere bis dato gültige Schranken abgebaut und der Internationale Währungsfonds als Aufpasser in die Wüste geschickt. »Die Mittelmeerländer konnten einen echten Durchbruch feiern«, schrieb der *Spiegel*. Er sei sehr zufrieden mit dem Erreichten, kommentierte Italiens